

Reichstag.

36. Sitzung, Donnerstag, den 23. März, vormittags 11 Uhr. Am Bundesratspräsidenten: Helfferich, Brause. Die erste Sitzung des Reichstages und der Steuerberatungen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Stiefemann (natl.): Der Staatssekretär v. Treppe verfocht den Willen des deutschen Volkes zur Begegnung; unaufrichtig wird sein Name mit der Geschichte der deutschen Flotte und des deutschen Vaterlandes verbunden sein. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die wirtschaftliche Niederrückung Deutschlands ist ebenso unmöglich wie seine militärische Wiederherstellung. Das verbanke mit nicht zum wenigsten der Stärkung der deutschen Landwirtschaft. Die gewaltigen Ausgaben, die der Krieg notwendig macht, können nur durch neue Steuerlasten auf sich zu nehmen. Die Tabakindustrie trägt durchaus eine weitere steuerliche Belastung. Große Bedenken haben wir aber gegen die Erhöhung der Postgebühren. Zu erwägen wäre statt dessen die Einführung einer freiwillig zu hebenden Kriegsmarke wie in Oesterreich. — Die Kriegsgewinnsteuer ist eine sehr scharfe Vermögenssteuer. Diese Kriegsgewinnsteuer trifft keineswegs nur durch besonders Glück erworbenes Vermögen, sondern auch das durch christliche Arbeit und Sparsinn erzeugte. Die Sätze etwa noch zu erhöhen, geht nicht an. Man darf die Besteuerung des Vermögens und des Kapitals nicht überlassen, wie auch der Sozialdemokrat Kallisi sehr richtig in den „Sozialistischen Monatsheften“ hervorgehoben hat. Dagegen kann man die Gewinne der ausländischen Gesellschaften stärker besteuern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch der Wehrbeitrag ist als Ausgleich gegen die indirekten Steuern genannt worden. Wir sind geneigt, zu prüfen, ob er noch weiter erhoben werden kann. Dagegen kann die Frage der Erbschaftsteuer während des Krieges nicht aufgestellt werden, als die kann erst wieder nach dem Kriege gebildet werden. (Zusamm. s. d. Nationalliberalen.) Gegenüber den vielen neuen Steuerprojekten, die jetzt aufstehen, wobei aber jeder immer nur die anderen treffen will, können wir nur angesichts der Milliardenbelastung, die später zu bedeuten sein wird, sagen: Nur nicht drängen, es kommt jeder ran! (Beifall.) Bei der kommenden großen Finanzreform wird eine Abgrenzung über die Erhebung der Einkommen- und Vermögenssteuer zwischen Reich und den Einzelstaaten erfolgen müssen. Ferner wird man Reichsmonopole anstelle bestehender Privatmonopole schaffen. Freilich muß die bürokratische Langweiligkeit aus unseren Zentralstellen beseitigt werden, statt dessen muß dort faulmännisch gearbeitet werden. (Schäfer Beifall.)

Abg. Graf Bethary (konf.) gebührt zunächst der Taten unserer Arme und Flotte und der Verdienste des Großadmirals v. Tirpitz. Mit der Annahme über die U-Bootfrage haben wir auf ihre Erörterung im Plenum keinesfalls verzichtet; sie ist lediglich aufgeschoben. (Beifall für Tirpitz.) Auch der Post hat Opfer bringen, aber die Besteuerung der Einkommens und Vermögenssteuer über die Grenzen, die Kapitalansammlung darf nicht unmöglich gemacht werden. Wir werden der Kriegsgewinnsteuer, in Wirklichkeit einer Vermögenswachstumssteuer zustimmen, aber darüber hinaus lehnen wir jede weitere Steuer ab. Die Tabakindustrie kann sehr wohl eine dauernde Mehrbelastung tragen. Aber die Einzelheiten der Besteuerung werden wir uns in der Kommission unterhalten. Im ganzen sind die Steuerentwürfe eine lauffere Zeit. Unser Wirtschaftsleben hat sich auch während des Krieges als gesund und frohwillig erwiesen und wird die Belastungsprobe der neuen Steuern fähig aushalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Mertin (Deutsche Partei): Gegen den in der offiziellen Presse unserer U-Bootsfrage gegenüber erhobenen Vorwurf, er greife in die Kommandoangelegenheiten des Kaisers ein, erhebe ich nachdrücklich Protest. (Bravo! rechts.) — Der Postbeitrag stimmen wir zu. Berechtigt ist auch die Besteuerung des Tabaks als eines Genussmittels. Fraglich ist, ob eine Erhöhung des Preisposten angebracht ist. Dagegen können die Druckkosten eine Versteuerung des Postloos betragen. Möge der Reichstag sich in den Steuerfragen in dieser großen Zeit nicht Kleinlich zeigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Koch (Soz.): Graf Bethary erinnert an den Geist vom 4. August. Das war sehr unvorsichtig, denn die gegenwärtige Aussprache über die Steuerfrage ist bei dem Willen der Regierung und den meisten Rednern der bürgerlichen Parteien gar nicht von jenem Geiste des 4. August 1914 durchdrungen, den wir heute der Bevölkerung als bleibende Wirkung unserer früheren Kriegspolitik erwarten. Die Gründe, mit denen die Tabaksteuer und die Verkehrssteuer verteidigt und die Einkommensteuer bekämpft worden ist, sind so Kleinlich, engstirnig, einseitig berechnet auf den Nutzen der Reichen und zum Schaden der armen Klassen, wie es schlimmer auch vor dem 4. August 1914 nicht möglich gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Alle Vorkämpfer, abgesehen von den ganz großen Unternehmungen, sind sich im Gegenfall zum Staatssekretär darüber einig, daß die Wirkungen der Tabaksteuer auf die Arbeiter sehr schädlich sein werden. Man sagt, diese Steuer würde ja doch kommen, daher solle man sie jetzt hinweg nehmen. Aber diesem einen Schritt werden weitere folgen und die Tabakindustrie wird auch nach dem Kriege keine Ruhe haben. Welche Kreise glauben an eine Erbschaftsteuer, durch die die kleinen Leute zugrunde gerichtet werden, damit dann das Monopol um so schneller durchgeföhrt werden kann. Gemäß ist der Tabak ein Genussmittel, aber für die großen Massen, die doch nicht nur Arbeitsmaschinen sind, ist er in der Tat ein unentbehrliches Genussmittel, wenn ihre Schaffensfreude erhalten werden soll. Das weiß auch die Herrschaft der Regierung und deshalb schickt sie so große Mengen von Zigaretten ins Feld. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daher bedeutet die Versteuerung des Tabaks eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung gerade der ärmeren Bevölkerung jetzt während des Krieges. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Die Verkehrssteuer belasten die Geschäftsteile mit geringem Einkommen unter Umständen viel stärker als große Geschäfte. Und soweit diese Steuern abgemildert werden, bedeuten sie wieder eine Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Massen. Eine Abmilderung wird im übrigen nur den großen Unternehmern möglich sein. Daher wirken auch diese großen Steuern wieder als ungerichte Wehrbelastung der kleinen Geschäftsteile. Die Versteuerung der Postgebühren wird zur Einschränkung des Postverkehrs, vor allem im Geschäftsleben, führen; auch dadurch werden vor allem die kleinen Geschäftsteile geschädigt. All diese Steuern bedeuten also eine Schöpfung der Reichen gegenüber der ärmeren Bevölkerung und somit eine järende Ungerechtigkeit. Der Staatssekretär hat gesagt, die

Ausarbeitung der Steuern hätte viel Arbeit und Mühe gekostet. Das glaube ich. Aber auch wir haben uns große Mühe gegeben, um unsererseits Vorschläge auszuarbeiten, wie der Betrag, der jetzt gebraucht wird, auf andere Weise aufgebracht werden kann.

Unsere Vorschläge auf erhebliche Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer, auf Erhebung eines neuen Wehrbeitrages und Ausschöpfung der Erbschaftsteuer sind ebenfalls sehr reiflich überlegt. Die Erbschaften, die entfernten Verwandten zufallen, werden bei uns heute ganz ungenügend besteuert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade diese Fälle wollen wir treffen, wo ganz entfernte Verwandte, die bei normalem Lauf der Dinge gar keine Aussicht dazu hatten, in den Besitz einer Erbschaft gelangen nur dadurch, daß die nächsten Verwandten hinweggerafft werden. Die Besteuerung solcher Erbschaften ist durchaus gerecht und notwendig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat gesagt, die Einkommensteuer dürfe nicht überspannt werden. Auch die Sozialdemokratie habe unter der Einwirkung des Krieges erkannt, daß die Erhaltung der Kapitalbildung die Grundlage des wirtschaftlichen Lebens darstelle. Diese Erkenntnis ist für uns durchaus keine neue. Auf Grund dieser Erkenntnis sind die Beschlüsse unserer Parteitage gefaßt worden. Gewundert hat mich, wie der Staatssekretär bei dieser Gelegenheit sagen konnte, es können nicht alle Herde auf denselben Grunde weiden. In der Tat ist das doch der Fall, sowohl die Verkehrssteuer wie die Verbrauchssteuern müssen alle aus dem Ertrag der Arbeit genommen werden. Und der Unterschied zwischen den Verbrauchs- und Einkommensteuern ist nur der, daß die Verbrauchssteuern die Steuerzahler um so mehr belasten, je ärmer sie sind, während die Einkommensteuer die Steuerzahler im Verhältnis zu ihrem Einkommen, also um so mehr je reicher sie sind, belasten. Sie allein entsprechen also dem Grundsatz, daß jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. Man hat gesagt, das Volk müsse zu größeren Ersparnissen gebracht werden. Werden aber durch Verbrauchssteuern dem Volke weitere Ersparnisse aufgezwingen, dann wird die Arbeitskraft des Volkes geschädigt und dadurch unser Wirtschaftsleben viel mehr geschädigt als etwa durch eine langsame Zunahme der Steuern. Wird das Vermögen der Reichen dadurch vergrößert, daß die Lebenshaltung der großen Masse herabgedrückt wird, so hemmt es die wirtschaftliche Entwicklung viel mehr als es selbst durch die größte Einkommensteuer geziehen könnte. Man stelle es sich so dar, als ob eine Einkommensteuer des Reiches den Einzelstaaten den Lebenshaushalt abgraben würde. Wir sind die Letzten, die den kulturellen Bestrebungen der Einzelstaaten entgegenstehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen auch die Einzelstaaten und Gemeinden vorjagen müssen. Aber glaubt denn irgend jemand, daß wir nach dem Kriege ohne direkte Einkommen- und Vermögenssteuer im Reich auskommen können. Es wird sich nach dem Kriege nicht um eine halbe Milliarde handeln wie jetzt, sondern um 4 bis 5 Milliarden. Die können nicht durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden. Wenn selbst ein Staatssekretär den Mut hätte, es zu versuchen, das deutsche Volk würde es sich nicht gefallen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich muß sich der direkte Einkommen- und Vermögenssteuer für das Reich eine Regelung des Vermögens mit den Bundesstaaten und Gemeinden anschließen. Es muß aber planmäßig vorgegangen werden, und das Reich muß die Grundlage schaffen für die Besteuerung des Besitzes und Einkommens im ganzen Reich. An der Notwendigkeit dieser Entwicklung werden alle Trauernden der Herren rechtlich nicht ändern. Sie belagern diese kommende Regelung im Interesse des Vaterlandes, es ist eben dem Menschen eigen, sein Interesse mit dem der Gesamtheit gleichzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner betonte, daß in Preußen die direkten Steuern um 100 Proz. vermehrt werden. In Wirklichkeit werden sie um höchstens 4 auf höchstens 8 Proz. erhöht. Das zeigt die Auffassung der Herren, die meinen, dem Vaterland ist am meisten gedient, wenn ihr Geldbeutel gekostet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Steuern sind notwendig geworden durch das ungeheure Anwachsen der Schulden. Diese sind unser Unglück, denn sie sind nicht gemacht, um Wohlstand zu bereichern, um Freude in die Hütten der Armen und Glück und Segen in die Familien zu tragen, sondern damit sich die Wälder zerfressen und alles, was die Kultur geschaffen hat, vernichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Spahn zitierte die Äußerung eines englischen Ministers, daß die Zeit für den Frieden noch nicht gekommen sei. Aber die Rot und der Hammer, die bei uns vorhanden sind, bestehen auch in den anderen Staaten, alle Ängste und Schulden, und alle haben die Hoffnung auf Kriegserlöschigung aufgegeben. Auch neue Erwerbsmöglichkeiten wird der Krieg nicht schaffen. Deutlich zeigt sich doch, daß kein Staat dem anderen Friedensbedingungen wird aufzwingen können. Wir werden unsere Unabhängigkeit schützen, aber auch die Unabhängigkeit der anderen Völker wird erhalten bleiben. Überall wird die Folge des Krieges sein, daß das Volk sich in furchtbarer Not und Elend befindet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Je länger der Krieg dauert, desto mehr Opfer an Gut und Blut muß jedes Volk darbringen, desto mehr Arbeitskräfte werden vernichtet, desto mehr Rohstoffe werden vergerben, desto mehr Einrichtungen für Handel und Verkehr, Kunst und Wissenschaft werden zerstört. Deshalb ist die Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen, jede Verschärfung ein unermessliches Verbrechen an der Menschheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Krieg nur noch drei Monate länger dauert, so sind wieder 10 Milliarden ausgegeben. Das zeigt doch, wie wenig mit den 500 Millionen getan werden kann. Die erste Voraussetzung dafür, daß unsere Finanzen nicht in trostlosen Zustand geraten, die Völker nicht in den traurigsten wirtschaftlichen Zustand, ist, daß in allen Völkern die Erkenntnis verbreitet wird, daß der Krieg ein Ende gemacht werden muß, und das kann nur geschehen durch einen Frieden, der die Unabhängigkeit jedes Volkes wahrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Steuern aber bleibt der Grundfaß unerschütterlich, daß die Verbrauchs- und Verkehrssteuern eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die arbeitende Bevölkerung sind. Der Staatssekretär hat die Wirtschaftspolitik direkter und indirekter Steuern aufs stellt. Er erklärt jede für einseitig und verlangt daher beide. Aber diese Rechnung stimmt nicht, denn ungerichtet ist eben nur die Begünstigung der Reichen und die Belastung der armen Leute durch die Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Die Einkommensteuer ist nicht ungerichtet, die großen Einkommen stammen ja nur aus der Arbeit der großen Masse, und die höheren Einkommensteuern der reichen Leute ist nur ein kleiner Nebenbeitrag zur Ausgleichung der Ungerechtigkeiten, daß die arbeitende Masse selbst in so traurigen Verhältnissen lebt. Schon im Frieden hat sich das arbeitende Volk gegen die Ungerechtigkeit der Verbrauchssteuern gewehrt. Im Krieg verlangt man von jedem, seine ganze Kraft einzusetzen, auch wenn er Vermögen, Stellung und Einkommen dadurch verliert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur bei den Steuern

soll es nicht so sein, da sollen die um so weniger zahlen, je reicher sie sind. Tabak und verschobene die unerträgliche Zustände im Reich heraus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär und Herr Stiefemann berufen sich darauf, daß Handel und Gewerbe der vorgeschlagenen Regelung zustimmen. Das sind gerade die Reichen, die bei dieser Regelung besonders gut wegkommen. Wir müssen gegen jeden Versuch, die traurige Lage des Volkes noch zu verschlechtern durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern, den allerstärksten Protest erheben. Sie haben das Volk in den Schützengräben gerührt. Sollen Sie ihm den Dank nicht dadurch ab, daß Sie ihm neue Lasten auferlegen und die reichen Leute sparen. Sie fordern uns zu positiver Mitarbeit auf. Wir werden nur in dem Sinne mitarbeiten, daß dem Volk auch durch die Tat gegeben wird, was ihm am 4. August versprochen worden ist. Wir werden mitarbeiten, daß dem Volke nicht neue Lasten auferlegt und die Reichen geschont werden. Die Massen brauchen werden schon dafür sorgen, daß mit solchen Steuerplänen auf die Dauer nicht weitergewirtschaftet werden kann. Wenn Sie der Masse ihr Recht nicht geben wollen, wird sie sich ihr Recht erkämpfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichstagssekretär Dr. Helfferich: Sachlich habe ich auf die Rede des Herrn Koch nichts zu erwidern; er hat nichts gesagt, was Herr Koch nicht schon besser, ruhiger und sachlicher gesagt hätte. Aber Verwahrung muß ich dagegen einlegen, daß diese Steuerentwürfe hier agitatorisch ausgenutzt werden. Sie stellen Steuern in erster Linie eine Belastung der Armen dar, und ich muß es mir verbitten, daß gesagt wird, sie sind auf den Rücken der Reichen und den Schaden der Armen berechnet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie wirken sich so aus, wie Sie mögen der Meinung sein, dürfen aber nicht sagen, daß sie darauf berechnet sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns über die Steuern in der Kommission auch mit den Sozialdemokraten unterhalten, hoffentlich aber in ruhigerer und sachlicherer Weise. Denn von einer Fortsetzung der Diskussion in dem Ton des Abg. Koch befürchte ich eine ernste Gefährdung der unterirdischen Interessen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie irren sich, wenn Sie glauben, Sie haben das deutsche Volk hinter sich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufgabe einer sachlichen Diskussion ohne Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit ist gehalten worden. (Zusatz bei den Sozialdemokraten: Unter Beifall.) In keiner der 13 Besprechungen, die sich mit dieser Frage beschäftigten, ist einem Redner von der Polizei das Wort entzogen worden. (Zusatz bei den Sozialdemokraten: Das wäre noch besser!) Aus berichtet der „Vorwärts“ von diesen Besprechungen: In 13 Fällen wurde durch besuchten Besprechungen usw. und von der Besprechung im 2. Kreis sagt er sogar, der Besatz habe nicht den Erwartungen entsprochen. Wenn der „Vorwärts“, der doch gewiß nicht an Unparteilichkeit leidet (Beifall), einen solchen Ton anschlägt, dann kann man wohl wissen, daß diese Besprechungen keinen Erfolg gehabt haben. Ziehen Sie daraus Ihre Lehren und suchen Sie dem Volk die Vaterlandsliebe, die ihm in den Knochen sitzt, nicht zu vergiften. (Zusatz bei den Sozialdemokraten: Das tun Sie mit Ihren Steuern!) Ich weiß, was ich zu verantworten habe. Das wird wohl auch jeder wissen; aber es geht jeder mit sich zu Rate. (Beifall.)

Abg. Koch (Soz.): Die Behauptung des Staatssekretärs, die Öffentlichkeit dürfe sich über die Steuerentwürfe aussprechen, ist irrig; eine ganze Reihe von Besprechungen ist einfach verboten worden. Ich selbst konnte nicht darüber sprechen, weil ich meine Vorträge nicht vorher einreichen wollte und auch anderen beherrschenden Persönlichkeiten nicht erlauben wollte. (Anruhe rechts.) Wenn die Besprechungen nicht überflüssig waren, so dient zur Erklärung die große Not des arbeitenden Volkes und der Unruhe, daß Hunderttausende und Millionen von Männern im Schützengraben sind und die Frauen von Feld zu Feld arbeiten und vor den Läden warten müssen, um Nahrungsmittel zu erhalten. Fühlt denn der Herr Staatssekretär mit den traurigen Verhältnissen der armen Familien nicht mit, die ihren Erwerb verloren haben? (Präsident Kumpff ruft dem Redner wegen Verletzung des Staatssekretärs zur Ordnung.) Der Staatssekretär hat es als persönliche Kränkung empfunden, daß ich sagte, die Steuern wären darauf berechnet, die Armen zu belasten und die Reichen nicht. Dieser Ausdruck entspricht meiner Überzeugung, persönlich verlegend wollte ich nicht werden. Aber der Staatssekretär muß sich doch über die Wirkung einer Vorlage klar sein. Trotz unserer dringenden Warnung ist der Staatssekretär mit dieser Vorlage gekommen. So können wir doch nicht unsere Überzeugung verbergen und zu Denkschriften werben. Nicht wir schädigen das Vaterland, sondern die Einbringung dieser Vorlage.

Präsident Dr. Kumpff: Sie dürfen dem Staatssekretär nicht zornig sein, daß er das Vaterland schädigt. Abg. Koch: Ich habe mit keinem Wort von einer Absicht des Staatssekretärs gesprochen.

Präsident Kumpff: Ich stelle also ausdrücklich fest, daß Sie dem Staatssekretär nicht die Absicht haben unterzulegen wollen, das Vaterland zu schädigen.

Abg. Koch: Das weiß ohnedies jeder, der deutsch versteht. (Präsident Kumpff ruft den Redner zur Ordnung.) Die Schädigung des Vaterlandes ist eingetreten durch die Vorlage, und es ist unsere Pflicht als Volkvertreter, gegen diese Schädigung hier und überall Einspruch zu erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich bin durch den Schluß der Debatte, der sich sicher in erster Linie gegen mich gerichtet hat, leider gehindert, auszusprechen, daß ich selbstverständlich der Regierung des Besatzungsstaates... (Anruhe rechts.)

Präsident Kumpff: Ich muß Sie bitten, sich lediglich im Rahmen der Geschäftsordnung zu halten. Sachliche Ausführungen kann ich nicht zulassen.

Abg. Dr. Liebknecht: Ich stelle fest, daß sogar das preussische Abgeordnetenhaus... (Schäfer und Anruhe.)

Präsident Kumpff: Wenn Sie sich an meine Anordnungen nicht halten, würde ich gezwungen sein, Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter zu geben.

Abg. Dr. Liebknecht: Es ist mir gleichfalls unmöglich gemacht, in die Tauschkammer unserer deutschen Kriegspolitik... (Präsident Kumpff: Ich kann Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter geben.)

Der Etat und die Kriegsgewinnsteuer werden an die Budgetkommission, die anderen Steuern an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Freitag vormittags 11 Uhr (keine Anfragen, Schluß 3¼ Uhr.)

Teleph. 14880 [A.89] Linien 5 u. 7. Tymians halia theater! Görlitzer Str. 6 Ant. 8 Uhr 20 Conn. 1 Vorstellung. Sonntags 11 Uhr Frühstücken mit Vorstellung. 15, 25 u. 85 Pf. Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkaboo!

Heringsmilch u.-rogen habe in Losen und im einzelnen abzugeben. [A.108] No. 90/176. Edwin Schädlich, Dresden, Geyersmühl, Stein 1

Militär! Getr. Infanterie-Stiefel Kavallerie-Stiefel " Schnür-Schuhe beschl. und unbeschl. Tuchhosen von 2.- an Getr. Dreihosen Leinwandjacken p. 1.50 an Schutzmanns-Hosen Litowken usw. [B.2086] Georg Schröder, Dresden, Königstraße 66.

Gummi-Freisleben Postplatz und Wallstraße 4.

Säcke aller Art, auch gerüst. sowie Badleinen Lauge zu billigen Preisen. Dresden, Gruner Str. 22, I. Tel. 18 793. Sonntags auch nach auswärts.

Verrichtlich wenig getr. Anzüge, Lederzieher, Hüter, Joppen, Schuhe, Büschelkleider, Betten zu verkaufen. Gr. Brüdergasse 11, 1. Et. Eingang Duerogasse. Sonntags von 11 Uhr an geöffnet.

Sofa-Bezüge Reiter, billig. [A.71] Starer, Gruner Str. 22, I.

Frauen-Artikel Spülkannen Leilbinden Frauen-Tee Frau Freisleben Postplatz u. Wallstr. 4 Man achte auf Firma!

Zu verkaufen gut getrag. Schuhe, 80 St. Rigarren-Rösten Wilsdruffer Straße 30, 4. r.